



Az.: BK2d-11/002

Beschluss

(geschwärzte Fassung)

In dem Verwaltungsverfahren

mobileExtension GmbH, Ostseestraße 111, 10490 Berlin, vertreten durch die
Geschäftsführung,

- Antragstellerin -

Verfahrensbevollmächtigte: JUCONOMY Rechtsanwälte,
Graf-Recke-Straße 82, 40239 Düsseldorf,

gegen

Telefonica Germany GmbH & Co. OHG, Georg-Brauchle-Ring 23-25, 80992 München, ver-
treten durch die Geschäftsführung,

- Antragsgegnerin -

Verfahrensbevollmächtigte: B B O R S Kreuznacht Rechtsanwälte,
Postfach 101402, 40005 Düsseldorf,

wegen: Streitbeilegung zu Fragen sachgerechter Übergabe von Telekommunikationsverkehr

Beigeladene:

1. 01051 Telecom GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 52525 Heinsberg, vertreten durch die
Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 1 -

Verfahrensbevollmächtigte: JUCONOMY Rechtsanwälte,
Graf-Recke-Straße 82, 40239 Düsseldorf,

2. dtms Deutsche Telefon- und Marketing Services GmbH, Isaac-Fulda-Allee 5, 55124
Mainz, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 2 -

Verfahrensbevollmächtigte: JUCONOMY Rechtsanwälte,
Graf-Recke-Straße 82, 40239 Düsseldorf,

3. Callax Telecom Holding GmbH, Leopoldstraße 16, 40211 Düsseldorf, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 3 -

Verfahrensbevollmächtigte: JUCONOMY Rechtsanwälte,
Graf-Recke-Straße 82, 40239 Düsseldorf,

4. Communication Services TELE 2 GmbH, In der Steele 39, 40599 Düsseldorf, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 4 -

5. VATM Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V.,
Oberländer Ufer 180 – 182, 50968 Köln, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 5 -

6. QSC AG, Matthias-Brüggen-Straße 55, 50829 Köln, vertreten durch den Vorstand,

- Beigeladene zu 6 -

7. Versatel AG, Niederkasseler Lohweg 181-183, 40547 Düsseldorf, vertreten durch den Vorstand,

- Beigeladene zu 7 -

8. Vodafone D2 GmbH, Alfred-Herrhausen-Allee 1, 65760 Eschborn, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 8 -

9. NetCologne GmbH, Am Coloneum 9, 50829 Köln, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 9 -

10. E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG, E-Plus-Straße 1, 40472 Düsseldorf, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 10 -

11. Deutsche Telekom AG, Postfach 2000, 53105 Bonn, vertreten durch den Vorstand,

- Beigeladene zu 11 -

12. M-net Telekommunikations GmbH, Niederlassung Franken, Splittertorgraben 13,
90429 Nürnberg, Vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 12 -

13. BT Germany GmbH & Co. oHG, Barthstraße 4, 80339 München, vertreten durch die Geschäftsführung,

- Beigeladene zu 13 -

hat die Beschlusskammer 2 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

aufgrund der öffentlichen mündlichen Verhandlung vom 05.04.2011

durch

den Vorsitzenden Dipl. Ing. Bernhard Kuhrmeyer,

den Beisitzer Werner Hammen und

den Beisitzer Claudius Möller

am 09.05.2011

e n t s c h i e d e n:

Die Anträge werden abgelehnt.

G r ü n d e

I.

Die Beteiligten streiten über die sachgerechte Übergabe von Telekommunikationsverkehr. Die Antragstellerin betreibt nach eigenen Angaben ein regionales Teilnehmernetz und hat mit der Telekom Deutschland GmbH (Telekom) die erforderlichen Zusammenschaltungsverträge geschlossen. Darüber hinaus bietet sie Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit an (Diensteanbieter). Im Netz der Antragstellerin sind unter anderem so genannte Voice-Chat und Call-Through Dienste über geographische Rufnummern erreichbar. Die Abrechnung einiger dieser Dienste erfolgt aufgrund der signalisierten Rufnummer.

Die Antragsgegnerin ist Mobilfunk- und Festnetzbetreiberin und bietet ebenfalls Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit an. Zwischen dem Netz der Antragstellerin und dem Netz der Antragsgegnerin besteht keine unmittelbare Zusammenschaltung. Anrufe aus dem Netz der Antragsgegnerin zur Terminierung im Netz der Antragstellerin werden teils unmittelbar, teils mittelbar über weitere Netzbetreiber, [REDACTED] weitergeleitet und sodann im Netz der Antragstellerin zugestellt. Anrufe aus dem Netz der Antragstellerin zur Terminierung im Netz der Antragsgegnerin werden an [REDACTED] übergeben und sodann unmittelbar oder mittelbar über weitere Netzbetreiber im Netz der Antragsgegnerin zugestellt.

Mit Schreiben vom 03.05.2010 wandte sich ein Mitgesellschafter der Antragstellerin an die Antragsgegnerin und bemängelte, dass beim Einsatz einer O2-Mobilfunk-SIM-Karte (O2 ist eine Marke der Antragsgegnerin) in Deutschland häufig festzustellen sei, dass bei inländischen Verbindungen beim Angerufenen keine oder eine „Phantasie“-Calling-Line-Identification (CLI) angezeigt werde, die Übermittlung von DTMF (Dual-tone-multi-frequency)-Tönen gestört werde und für diese Verbindungen eine mangelhafte Sprachqualität festzustellen sei. Die Störungen tauchten immer dann auf, wenn aus dem Netz der Antragsgegnerin Rufnummern in Netzen bestimmter „alternativer Festnetzbetreiber“ angerufen würden. Es bestehe der Verdacht, dass die Antragstellerin von der Antragsgegnerin bewusst diskrimi-

nirt werde. Darüber hinaus verhindere das Verhalten der Antragsgegnerin die Durchführung von Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Zum Beleg ihres Vortrages verweist die Antragstellerin u.a. auf ein Prüfungsergebnis der DNS:NET Internet Service GmbH vom 20.04.2010, in dem festgestellt wird, dass die „network provided number“ in bestimmten Fällen manipuliert worden sei. Mit Schreiben vom 02.08.2010 teilte die Antragsgegnerin mit, dass eine Störung vorgelegen habe, diese aber zwischenzeitlich beseitigt sei. Mit Schreiben vom 23.08.2010 erklärte die Antragstellerin, die angezeigten Mängel bestünden fort. Am 19.10.2010 fand ein Gespräch mit Vertretern des für Nummerierungsfragen zuständigen Referats der Bundesnetzagentur statt. Darüber hinaus wandte sich die Antragstellerin schriftlich an verschiedene Stellen der Bundesnetzagentur. So zuletzt mit Schreiben vom 22.12.2010 in dem sie gegenüber dem für Nummerierungsfragen zuständigen Referat das erneut verstärkte Auftreten von Fällen fehlender CLI rügte. Am gleichen Tag wandte sich die Antragstellerin mit dem gleichen Anliegen auch an die Antragsgegnerin, die am 23.12.2010 eine Nachfrage an die Antragstellerin richtete. Am 10.01.2011 übermittelte die Antragstellerin einen Auszug aus der Schlussmeldung der Netzkontrollstelle DT AG Bamberg als Beleg festgestellter technischer Mängel an die Antragsgegnerin. Hiernach kam es zu keinem weiteren Schriftwechsel zwischen den Hauptbeteiligten.

In ihrer Antragsschrift vom 26.01.2011 – eingegangen bei der Behörde am 28.01.2011 – sowie den die Antragsschrift ergänzenden Schriftsätzen trägt die Antragstellerin im Wesentlichen vor, nachdem vielfältige Kontakte zu der Antragsgegnerin keine Befriedung gebracht hätten, sei nun die Durchsetzung der Verpflichtung aus § 66j TKG (Rufnummernanzeige), des Gebotes der Netzneutralität und der damit zusammenhängenden Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs gemäß der §§ 1, 2, 16 und 18 TKG sowie der europarechtlichen Vorgaben aus Art. 29 Abs. 1 lit. b der Universaldienrichtlinie (2002/22/EG) und Art. 5 i.V.m. Erwägungsgrund 9 der Zugangsrichtlinie (2002/19/EG) im Wege eines Streitbeilegungsverfahrens gemäß § 133 TKG erforderlich. Die Verletzung der genannten Normen sei zu bejahen, weil bei der Antragsgegnerin generierter Sprachverkehr bei der Antragstellerin, wenn nicht gesperrt, so zumindest in schlechter Qualität und unter Übermittlung falscher Rufnummern ankomme. Darüber hinaus würden die DTMF-Signale verfälscht. Dem Streitbeilegungsverfahren komme eine grundsätzliche Bedeutung für den Telekommunikationsmarkt in Deutschland zu, weil es um die Frage gehe, ob ein Netzbetreiber ihm unliebsame Verbindungen „selbst manipulieren, verfälschen oder sperren oder teilweise blockieren“ dürfe. Schließlich führe die bewusste Einschaltung von zweifelhaften ausländischen Transitnetzbetreibern oder von Transitnetzbetreibern mit GSM (Global System for Mobile Communications) - Gateways zur Umgehung der Vorgaben des § 66j TKG sowie zu massiven Störungen des Geschäftsbetriebes der Antragstellerin. Nicht zuletzt führe eine solche Praxis Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) ad absurdum. Neben einer Behinderung des Geschäfts der Antragstellerin durch die Antragsgegnerin auf der Zusammenschaltungsebene finde auch eine willkürliche Bepreisung der Endkundengespräche statt. So habe die Antragsgegnerin seit Ende Oktober 2010 zu ausgewählten geographischen Rufnummern, die in Netzen von Wettbewerbern geschaltet seien, eine kostenpflichtige Ansage als Warteschleife vorgeschaltet. Insgesamt liege eine für das Verfahren nach § 133 TKG rechtlich ausreichende Betroffenheit der Antragstellerin vor.

Da hier die Einhaltung ohnehin bestehender gesetzlicher Pflichten der Antragsgegnerin angemahnt werde und es insbesondere nicht um eine Erweiterung des Rechtskreises der Antragstellerin gehe, sei zusätzlich der Erlass einer vorläufigen Anordnung nach § 130 TKG erforderlich.

Die Antragstellerin beantragt:

die Antragsgegnerin – auch im Wege einer vorläufigen Anordnung gemäß § 130 TKG - zu verpflichten, der Antragstellerin

1. den in dem Netz der Antragstellerin zu terminierenden Verkehr entsprechend der Vorgaben des § 66j TKG, d.h. mit einer richtigen CLI (Calling Line Identification bzw. der Rufnummer), zu übergeben und zwar unabhängig davon, ob die Antragsgegnerin der Antragstellerin diesen Verkehr mittels einer direkten Zusammenschaltung oder mittels eines oder mehrerer so genannter Transitnetzbetreiber übergibt;
2. den in dem Netz der Antragstellerin zu terminierenden Verkehr ohne Störung und Verfälschung der DTMF-Wahltöne zu übergeben und zwar unabhängig davon, ob die Antragsgegnerin der Antragstellerin diesen Verkehr mittels einer direkten Zusammenschaltung oder mittels eines oder mehrerer so genannter Transitnetzbetreiber übergibt;
3. den in dem Netz der Antragstellerin zu terminierenden Verkehr entsprechend der qualitätsbestimmenden Parameter des IC Standardangebots der Telekom Deutschland GmbH, Anhang A, Ziff. 2.3, in einer guten Sprachqualität zu übergeben und zwar unabhängig davon, ob die Antragsgegnerin der Antragstellerin diesen Verkehr mittels einer direkten Zusammenschaltung oder mittels eines oder mehrerer so genannter Transitnetzbetreiber übergibt.
4. die Anrufe aus dem Netz der Antragsgegnerin zu übergeben und diese nicht zu sperren oder zu drosseln und zwar unabhängig davon, ob die Antragsgegnerin der Antragstellerin diesen Verkehr mittels einer direkten Zusammenschaltung oder mittels eines oder mehrerer so genannter Transitnetzbetreiber übergibt.

Die Antragsgegnerin beantragt,

die Anträge abzulehnen.

Sie trägt im Wesentlichen vor, die Anträge der Antragstellerin seien unzulässig, jedenfalls aber unbegründet. So fehle es dem Verfahren nach § 133 TKG bereits an der Statthaftigkeit. Entgegen des Vortrags der Antragstellerin könne von einem Scheitern der Gespräche zwischen den Hauptbeteiligten nicht ausgegangen werden. Zu den nun beantragten Punkten sei die Kommunikation zum Teil einseitig von der Antragstellerin abgebrochen worden. Zum Teil sei zu den nun beantragten Punkten gar nicht verhandelt worden. Darüber hinaus begründeten die von der Antragstellerin geltend gemachten Verletzungen des TKG entweder keine Ansprüche der Antragstellerin – insoweit fehle es an einer subjektiven Betroffenheit der Antragstellerin – oder sie unterfielen nicht dem Verfahren nach § 133 TKG. Die Antragsgegnerin verletze aber auch tatsächlich weder Verpflichtungen aus §§ 16, 18, 66j TKG noch sonstige TKG-Verpflichtungen. Daher seien die Anträge jedenfalls unbegründet.

Im Übrigen bleibe die Antragstellerin mit ihren Behauptungen zum Sachverhalt auch hinter den an die Darlegungslast im Verfahren nach § 133 TKG gestellten Anforderungen zurück.

Die marktübliche Lösung in diesen Fällen sei, dass Diensteanbieter und Netzbetreiber eine direkte Zusammenschaltung mit entsprechenden Planungsabsprachen trafen. In diesem Sinne sei die Antragstellerin aber bisher nicht an die Antragsgegnerin herangetreten.

Sofern die Antragstellerin nicht selbst und alleine über Zusammenschaltungskapazitäten verfüge, die dem von ihr generierten Verkehrsvolumen entsprächen, könne sie selbst keine Rechte als Netzbetreiber geltend machen.

[REDACTED] Darüber hinaus übergebe die Antragsgegnerin Verkehr mit Ursprung in ihrem Mobilfunknetz mit Ziel zu Ortsnetznummern mit richtiger und vollständiger CLI, weshalb ein Verstoß gegen § 66j TKG nicht vorliege. Sie übergebe auch DTMF-Wahlöne unverändert und [REDACTED]

[REDACTED] Gleiches gelte für die Sprachqualität. Insbesondere eine die Sprachqualität betreffende Voreinstellung für Verbindungen zu Ortsnetzrufnummern der Antragstellerin oder anderen Diesteanbietern, bestehe nicht. [REDACTED]

[REDACTED] Schließlich erfolge auch keine Sperrung von Ortsnetzrufnummern. Insgesamt seien daher keine Ansprüche gegen die Antragsgegnerin ersichtlich.

Der Antrag auf Erlass einer vorläufigen Anordnung sei ebenfalls abzulehnen. Hierfür fehle es bereits an einem Anordnungsgrund, da schwere Nachteile zu Lasten der Antragstellerin durch ein Zuwarten bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache nicht ersichtlich seien. Vor dem Hintergrund ihrer Ausführungen zu den Anträgen in der Hauptsache, bestehe auch kein Anordnungsanspruch.

Mit Schreiben vom 21.02.2011 wurde der Antragstellerin mitgeteilt, dass die Beschlusskammer zurzeit nicht davon ausgehe, dass der Erlass einer vorläufigen Anordnung zur Abwendung von nachteilen für den Telekommunikationsmarkt erforderlich sei.

Die Beigeladene zu 6. hat mit Schreiben vom 23.03.2011 und vom 13.04.2011 Stellung genommen. Sie tritt den Ausführungen der Antragstellerin im Wesentlichen bei und unterstützt deren Anträge.

Die Beigeladene zu 8 hat mit Schreiben vom 12.04.2011 eine Stellungnahme abgegeben. Sie hält die Anträge der Antragstellerin für unzulässig, darüber hinaus für unbegründet.

Die Beigeladene zu 10 hat mit Schreiben vom 12.04.2011 eine Stellungnahme abgegeben. Sie hält die Anträge insbesondere für unbegründet.

Soweit die Hauptbeteiligten Anträge zum Verfahren, insbesondere Anregungen zur Sachverhaltsermittlung gestellt haben, hat die Beschlusskammer diesen entsprochen, soweit es für die Entscheidung der Beschlusskammer erheblich war.

Eine öffentliche mündliche Verhandlung hat am 05.04.2011 stattgefunden. Dabei wurde die Sach- und Rechtslage mit den anwesenden Verfahrensbeteiligten im Einzelnen erörtert und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Anträge der Antragstellerin wurden im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 5/2011 als Mitteilung Nr. 138 sowie im Internet auf der Homepage der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Die übrigen mit Telekommunikation befassten Beschlusskammern und Abteilungen der Bundesnetzagentur wurden über die beabsichtigte Entscheidung informiert und hatten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die formelle Beteiligung des Bundeskartellamts nach § 123 Abs. 1 TKG war nicht erforderlich. Bei Streitbeilegungsverfahren nach § 133 TKG handelt es sich nicht um Entscheidungen nach Teil 2 Abschnitt 2 bis 5 des TKG, sondern um Entscheidungen nach Teil 8 Abschnitt 3 TKG, sodass eine formelle Beteiligung des Bundeskartellamtes entbehrlich ist.

Wegen der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Schriftsätze der Beteiligten sowie den Inhalt der Akten im Übrigen Bezug genommen.

II.

Die Entscheidung beruht auf § 133 i.V.m. §§ 132, 134ff. 1, 2, 16, 18, 66j, 110 TKG.

1. Verfahren im Allgemeinen:

Über die auf §§ 1, 2, 16, 18, 66j, 110, 130 TKG i.V.m. 133 TKG gestützten Anträge war nach § 133 Absatz 1 und 3 TKG durch die Beschlusskammer zu entscheiden. Die Entscheidung ergeht gemäß § 133 Abs. 1 Satz 1 TKG nach Anhörung der Beteiligten sowie gemäß § 135 Abs. 3 TKG aufgrund öffentlicher mündlicher Verhandlung.

Die viermonatige Verfahrensfrist nach § 133 Abs. 1 Satz 2 TKG ist gewahrt. Die Antragschrift ist am 28.01.2011 bei der Behörde eingegangen. Die Verfahrensfrist endet damit am 28.05.2011.

Die nach § 133 Abs. 3 i.V.m. § 132 Abs. 4 Satz 1 TKG erforderlichen Abstimmungs-, Auskunfts- und Informationspflichten wurden beachtet. Die übrigen Beschlusskammern und Abteilungen der Bundesnetzagentur wurden im erforderlichen Umfang über die beabsichtigte Entscheidung informiert und hatten Gelegenheit zur Stellungnahme.

2. Zulässigkeit der Anträge in der Hauptsache:

Die Anträge sind unzulässig.

2.1 Beteiligtenfähigkeit:

Antragstellerin und Antragsgegnerin sind beteiligtenfähig in einem Verfahren nach § 133 TKG. Beide bieten zumindest auch Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit an.

2.2 Statthaftigkeit:

Das Verfahren nach § 133 TKG ist hier grundsätzlich der richtige Rechtsbehelf. Die Antragstellerin rügt eine Verletzung der Pflicht zur Rufnummernübertragung (§ 66j TKG) sowie die aus ihrer Sicht nicht sachgerechte Übergabe von Telekommunikationsverkehr (Nichteinhalten technischer Standards, Sperrung und „Drosselung“ von Verkehr) durch die Antragsgegnerin. Darüber hinaus streiten die Beteiligten darüber, ob sich aus dem Gleichbehandlungsgebot und dem Gebot zur Netzneutralität, die sich nach Ansicht der Antragstellerin beide in §§ 1, 2 TKG und §§ 16, 18 TKG auch für nichtregulierte Unternehmen wiederfinden, konkrete Verpflichtungen ergeben. Somit liegt eine Streitigkeit vor, die sich im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus dem TKG oder aufgrund des TKG ergeben hat (§ 133 Abs. 1 TKG).

Soweit die Anträge jedoch auf Verpflichtungen gerichtet sind, die in einem vorrangigen Verfahren (vgl. § 133 Abs. 1 Satz 1 TKG „...soweit dies gesetzlich nicht anders geregelt ist...“) geltend zu machen sind, ist die Statthaftigkeit der Anträge zu verneinen. Dies trifft hier zu, soweit sich die Antragstellerin auf Verpflichtungen aus § 18 TKG beruft (S. 4, 22f. der Antragsschrift). Ob § 18 TKG (ggf. wie vorgetragen in der Gesamtschau mit den §§ 1, 2, 16 TKG und den entsprechenden europarechtlichen Vorgaben aus Art. 29 Abs. 1 lit. b der Universalienrichtlinie (2002/22/EG) und Art. 5 i.V.m. Erwägungsgrund 9 der Zugangsrichtlinie (2002/19/EG)) die Gebote der Gleichbehandlung und der Netzneutralität in der von der Antragstellerin für den Einzelfall vorgetragenen Weise enthalten, bedarf hier keiner Entschei-

dung, weil Verfahren nach § 18 TKG gegenüber diesem Verfahren nach § 133 TKG vorrangig sind (vgl.: Fetzer/Groß in: Berliner Kommentar zum TKG, RN 10 zu § 133, m.w.N.).

2.3 Antragsbefugnis:

Die Antragstellerin ist im Sinne des § 133 TKG nicht antragsbefugt.

Das Verfahren nach § 133 TKG ist kein objektives Beanstandungsverfahren. Vielmehr wird auch im Verfahren nach § 133 TKG eine subjektive Betroffenheit der Antragstellerin vorausgesetzt (vgl.: Attendorf in: Beck'scher TKG-Kommentar, 2006, RN 13ff zu § 133; Fetzer/Groß in: Berliner Kommentar zum TKG, 2008, RN 21ff. zu § 133). Dies bedeutet, dass Gegenstand eines Verfahrens nach § 133 TKG nur solche Verpflichtungen sein können, die zumindest auch drittschützend sind. Dazu ist ausreichend aber auch erforderlich, dass eine unmittelbare Rechtsbeeinträchtigung des Antragstellers durch ein den Verpflichtungen entgegenstehendes Verhalten des Antragsgegners bei verständiger Würdigung des Sachverhalts nicht von vornherein ausgeschlossen ist, also eine unmittelbare Verletzung subjektiver Rechte zumindest möglich erscheint (vgl.: VG Köln: 1 K 4871/05). Drittschützend ist eine Norm dann, wenn sich – erstens - aus ihren individualisierenden Tatbestandsmerkmalen ein einschlägiger Personenkreis entnehmen lässt, der sich von der Allgemeinheit unterscheidet, und – zweitens - sich im Wege der Auslegung ermitteln lässt, dass die Norm unmittelbar auch den rechtlichen Interessen dieses Personenkreises zu dienen bestimmt ist und nicht nur tatsächlich, also reflexartig, seine Rechte berührt (vgl.: BVerwGE 94,151 (158) sowie NVwZ 2003, 605 (607)). Auf einen objektiven Verstoß gegen die Norm kommt es dann nicht mehr an.

2.3.1 Drittschutz aus § 66j TKG:

In ihrem Antrag zu 1 - Signalisierung der Rufnummer – beruft sich die Antragstellerin auf einen Anspruch aus § 66j TKG. Aus dieser Norm kann sich durch ein Verhalten der Antragsgegnerin keine in diesem Verfahren zu beachtende Rechtsbeeinträchtigung für die Antragstellerin ergeben. Dieser Norm kommt eine drittschützende Wirkung nicht zu. § 66j TKG dient vielmehr allein dem Kundenschutz. Dies ergibt sich aus der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 16/2581). Dort wird die Regelung des § 66j TKG als „nummerierungsbezogene Maßnahme des Kundenschutzes“ bezeichnet (Vorblatt S. 2). Im Weiteren heißt es sodann: „Durch die Regelung werden automatische Rückrufbitten zu Premium-Dienst-Rufnummern ebenso unzulässig, wie Identitätsdiebstahl und Tarifverschleierung.“ (S. 32f.). Anlass zur Gesetzgebung war das vermehrte Feststellen von Rufnummernmissbrauch zulasten der Teilnehmer. Weder der Gesetzestext noch die Begründung lassen erkennen, dass § 66j TKG eine drittschützende Wirkung zugunsten von Netzbetreibern oder Diensteanbietern zukommen soll. Eine andere Auffassung hierzu wird auch in der Kommentarliteratur zu § 66j TKG nicht erkennbar vertreten.

2.3.2. Drittschutz aus § 110 TKG:

Soweit die Antragstellerin vorträgt, durch eine Umgehung des § 66j TKG würden TKÜ-Maßnahmen ad absurdum geführt (S. 8 der Antragschrift), kann sich die Zulässigkeit der gestellten Anträge insbesondere auch nicht aus § 110 TKG ergeben. Dieser Norm kommt gleichfalls keine drittschützende Wirkung zu. § 110 TKG nennt die Verpflichtungen, die Betreiber von Telekommunikationsanlagen bzw. Erbringer öffentlicher Telekommunikationsdienste im Hinblick auf die staatliche Telekommunikationsüberwachung treffen. Dabei ist es richtig, dass eine TKÜ in der Regel ohne signalisierte Rufnummer technisch nicht umgesetzt werden kann. Bei den Regelungen des Teils 7 TKG handelt es sich aber insgesamt um solche Verpflichtungen, die der Anlagenbetreiber bzw. Diensteanbieter gegenüber den Endkunden oder der Bundesnetzagentur oder den Sicherheitsbehörden zu erfüllen hat. Ansprüche der Normadressaten untereinander folgen hieraus jedoch nicht.

2.3.3. Drittschutz aus sonstigen Normen:

Für die beantragten Verpflichtungen lassen sich auch keine sonstigen drittschützenden Normen heranziehen. Insbesondere auch soweit die Antragstellerin die Qualität der Übertrage-

nen DTMF-Töne und Sprache rügt, bestehen im TKG oder aufgrund des TKG ebenfalls keine einschlägige drittschützende Normen. So soll insbesondere § 8 Abs. 2 Nr. 4 TKÜV den berechtigten Stellen zwar garantieren, dass die Sprachqualität des ihnen ausgeleiteten Überwachungsdoppels nicht schlechter ist als die Qualität der überwachten Verbindung. Hieraus folgt aber, dass gerade keine qualitätsbestimmenden Faktoren in den sicherheitsrechtlichen Bereich des TKG Eingang gefunden haben. Auch kann sich die Antragstellerin nicht auf andere von den Hauptbeteiligten zu beachtende sonstige Standards berufen. Zwischen den Hauptbeteiligten besteht insbesondere kein Vertragsverhältnis in dem anerkannte Qualitätsstandards wie z.B. Verbandsstandards vereinbart worden wären.

Auch soweit die Antragstellerin die Verpflichtung begehrt, dass Verkehre nicht gesperrt oder gedrosselt werden, ist zugunsten der Antragstellerin keine drittschützende Norm ersichtlich. Vor diesem Hintergrund fehlt es an der erforderlichen Antragsbefugnis.

Unabhängig vom Ausgang dieses Streitbeilegungsverfahrens bleiben Maßnahmen der Bundesnetzagentur nach §§ 67, 115 oder 126 TKG unbenommen.

3. Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer vorläufigen Anordnung:

Auch der Antrag auf Erlass einer vorläufigen Anordnung ist unzulässig.

Nach § 130 TKG kann die Bundesnetzagentur bis zur endgültigen Entscheidung vorläufige Anordnungen treffen. Die Möglichkeit des Erlasses solcher vorläufiger Verwaltungsakte ist gemäß § 133 Abs. 3 TKG grundsätzlich auch im Beschlusskammerv erfahren gegeben. Steht der Antragstellerin jedoch unter keinem Aspekt eine drittschützende Norm zur Seite, die das jeweils beantragte Ergebnis rechtfertigen könnte, ist auch für eine vorläufige Regelung kein Raum.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Eine Klage hat keine aufschiebende Wirkung, § 137 Abs. 2 TKG.

Kuhrmeyer
(Vorsitzender)

Hammen
(Beisitzer)

Möller
(Beisitzer)